



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
30. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 30/13
5. Dezember 2025

Thema: Digitalisierung geht nur sozial und inklusiv

Beschlussvorschlag der Fraktion: Selbstbestimmte Behindertenpolitik (Die Linke)

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Die fortschreitende Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche bringt für verschiedene gesellschaftliche Gruppen teils große Herausforderungen mit sich. So sehr der rasche technische Fortschritt und die damit verbundenen Vorteile für das Leben von uns allen natürlich zu begrüßen sind, so sehr stellen der gleichzeitige schnelle Wegfall der traditionellen analogen Handlungsoptionen einerseits sowohl ältere Menschen vor große Probleme.

Andererseits sind aber gerade auch Menschen mit (kognitiven) Behinderungen oder in Armut lebende Personen betroffen.

Digitale Fahrkartenkäufe, Onlinebanking und -käufe, Speise- und Getränkekarten nur noch als Barcodes in Restaurants und viele andere Dinge, erfordern ein teils ausgeprägteres technisches Basiswissen und Grundverständnis, das im besonderen bei den genannten Personenkreisen nicht so ohne weiteres vorausgesetzt werden kann. Gerade für Menschen mit kognitiven Behinderungen gestaltet sich hier der moderne Alltag noch umso schwieriger, da sie durch den nach wie vor generellen Mangel an anderen inklusiven Maßnahmen, wie dem noch immer nicht ausreichend vorhandenen Angebot an Texten und Erklärungen in Leichter Sprache gleich mehrfach benachteiligt werden.

Bürgerschaft und Senat werden aufgefordert:

Bürgerschaft und Senat setzen sich für die weitere Koexistenz moderner digitaler Lösungswege und traditioneller Optionen bei der Bewältigung verschiedener alltäglicher Tätigkeiten ein, um dafür zu sorgen, dass niemand in der Gesellschaft durch die fortschreitende Digitalisierung strukturell benachteiligt wird.

Die Bürgerschaft und der Senat unterstützen gleichzeitig die weitere Etablierung von Texten und Erklärungen in Leichter Sprache in der Gesellschaft, um kognitiv beeinträchtigte Personengruppen an neue technische Errungenschaften so einfach wie möglich heranzuführen.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Stefan van Hoorn

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten